



An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Kreishaus – Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

1. Dezember 2011

Antrag zur der Sitzung des Kreistags am 15. Dezember 2011

Oberbergisches Netzwerk gegen rechtsradikale, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Kräfte

Sehr geehrter Herr Landrat Jobi,

hiermit stellen die SPD-Kreistagsfraktion und die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Kreistagssitzung am 15. Dezember 2011 erneut folgenden Antrag, den sie inhaltsgleich bereits zur Kreistagssitzung am 12. November 2009 eingebracht haben:

- 1) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, im Kreistag jährlich einen Bericht über rechtsradikale, rassistische und fremdenfeindliche sowie antisemitische Aktivitäten im Oberbergischen Kreis sowie über die ermittelten und den Behörden bekannten Hintergründe abzugeben.
- 2) Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und unter Einbindung der Schulen wird durch den Kreis ein Netzwerk gegen rechtsradikale, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Kräfte mit dem Ziel errichtet, diesen Entwicklungen – wo sie erkennbar sind – entgegenzutreten und Betroffenen Unterstützung und Hilfen zu gewähren. Dies wird durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

Durch diese Maßnahmen wird dem grundgesetzlich verankerten Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte zur Wirkung verholfen. Es wird verhindert, dass nur eine strafprozessual relevante "Spitze des Eisbergs" durch die Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Gleichzeitig werden die Abwehr der Gefahren durch die oben aufgeführten antidemokratischen Kräfte und der Schutz der Opfer als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt und angenommen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Wurth,
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez. Helmut Schäfer,
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen